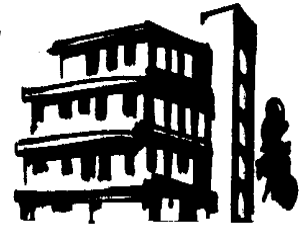


# Unser Weg



43. Jahrgang

Nr. 358 - Januar 2017

ZEITUNG DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI FÜR REINHEIM

**2** Erfolgreich gearbeitet

**4** Jetzt doch das Aus für den Schnellbus?

**5** Soziale Stadt Reinheim: Beerdigung erster Klasse

**7** So viel kostet Parken in Reinheim



## Parken in Reinheim

Seit Ende November 2016 ist die Park-and-Ride-Anlage an der Georgenstraße im Betrieb. Verbunden damit war, dass das „freie Parken“ in der Innenstadt im weiteren Umkreis des Bahnhofs inzwischen deutlich eingeschränkt wurde. Anwohner brauchen einen Parkausweis für 25 EUR jährlich, um ihr Kfz wie gewohnt (länger als nur ein paar Stunden) an der Straße abzustellen.

Manche Anwohner, gerade in der Bahnhofstraße, begrüßen es sicher, dass die Straßen jetzt an Werktagen nicht mehr komplett von Pendlern zugeparkt werden. Aber das Echo auf diese Maßnahme ist durchaus gemischt. Ein Anwohner der Heinrichstraße stellte allen Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung schriftlich die Frage „Was tun Sie dagegen? Findet eine parlamentarische Kontrolle der heißgelaufenen Verwaltung hier überhaupt noch statt?“ Diese Frage können wir zunächst einmal schon beantworten: bei dieser Art der „Parkraumbewirtschaftung“ findet eben keine „parlamentarische Kontrolle“ statt. Das ist der Verantwortungsbereich des „Bürgermeisters als Ortspolizeibehörde“, in den er sich vom Parlament nicht herein reden lässt, wie in der Vergangenheit immer mal deutlich gemacht wurde.



Friedrich Kammer

### Mit den Menschen gesprochen?

Mal davon abgesehen, wie die Verantwortlichkeiten hier formal aufgeteilt sind – man kann dann auch mal die Frage stellen, ob die Regelungen im Einzelnen so angemessen sind, ob es Alternativen dazu gibt. Und wie geschickt in diesem Fall die Vorgehensweise war. In den Berichten an das Parlament wurde immer wieder über den Fortschritt der Maßnahmen berichtet, auch darüber, dass „einzelne Personen“ sich dagegen stellten. Und es wurde gesagt, dass man sich auch nach den Wünschen der Anwohner vor Ort richten würde. Das wurde offenbar auch den Anwohnern selbst in Gesprächen in Aussicht

gestellt: „Sie meinten dazu, dass es dann möglich sei, hier auf eine Beschilderung zu verzichten“ (Zitat aus dem offenen Brief an den Bürgermeister. Gleichzeitig mit eher unverbindlichen Gesprächen mit den Anwohnern wurden Schilder aufgestellt, die Regelung wie von der Verwaltung geplant umgesetzt, und dann am 18. November schon nach Torschluss eine Umfrage per Fragebogen durchgeführt. Was soll dabei noch heraus kommen, wenn die Fakten schon geschaffen sind? Die Frage dazu „Hätte man nicht vor einem Jahr ein Meinungsbild einholen können“, ist durchaus im Sinne der DKP. Die öffentliche Diskussion wurde nicht nur von der DKP gefordert, als die Park-and-Ride-Anlage auf die Schiene gebracht wurde. Sie wurde mit Verweis auf die Zuständigkeiten immer abgelehnt. Jetzt wird nicht nur angezweifelt, dass die Maßnahmen sinnvoll sind, sondern auch ihre Rechtmäßigkeit nach den Paragraphen der StVO. Wie immer das ausgeht – in einer Sache „Verwaltung gegen die Einwohner der Stadt“ kann es am Ende nur Verlierer geben.

Friedrich Kammer

Anmerkung: Die Zitate sind aus einem offenem Brief, der ein Bürger vor der Stadtverordnetensitzung an alle Stadtverordnete verteilt hat.

[www.dkp-reinheim.de](http://www.dkp-reinheim.de)

## Erfolgreich gearbeitet . . .

Die Initiative „Reinheim ohne LKW-Durchgangsverkehr“ kann auf ein erfolgreiches Jahr zurückblicken. Dazu kann man nur gratulieren...

Rückblickend kann man sagen: Den Initiatoren ist es gelungen, das Thema des LKW-Durchgangsverkehrs in Reinheim bei allen politischen Parteien in den Vordergrund zu rücken.

Wahrscheinlich annähernd tausend Unterschriften von Bürgerinnen und Bürgern unter eine Petition an den Hessischen Landtag innerhalb von kurzer Zeit zu sammeln, beweist, wie wichtig das Thema ist.

Nicht nur die vom Verkehr belasteten Anwohner der Darmstädter-, Bahnhofs- und Ueberauer Straße sind es leid, täglich mit dem LKW-Verkehr belastet zu werden. Sie haben die Initiative ergriffen und haben gemerkt, dass sie nicht allein sind.



Renate Grieger

Denn alleingelassen und nicht ernst genommen fühlten sich die Anlieger, die immer wieder mit noch ausstehenden Daten zur Verkehrszählung vertröstet werden.

Im Vorfeld der Kommunalwahl im März 2016 gab es eine breite Parteienunterstüt-

zung. Nach der Wahl wurde es wieder ruhiger. Die Auswertung der Verkehrszählung wurde von Hessen Mobil immer weiter verschoben.

Nach einem „Offenen Brief“ an den hessischen Verkehrsminister Tarek Al-Wazir (Grüne) kam die Antwort, dass Umfahrung begründet sein müsse, wenn es zumutbare Alternativstrecken gibt. Weiter hieß es dann: „Die von Ihnen geforderte Umleitung über die B38, B26 und die B45 bedeutet eine Mehrbelastung von über 15 Kilometern bzw. ca. 20 Minuten pro Lkw und Strecke.“ Es stellt sich die Frage: Sind verkürzte LKW-Fahrtzeiten wichtiger, als Menschen?

Alarmierende Zahlen kamen jetzt aktuell durch eine Verkehrszählung in Hahn. Dort geht man von einer Verdopplung des LKW-Verkehrs aus. Wenn nur ein geringer Teil der LKW durch Reinheim fährt, nimmt der Durchgangsverkehr noch weiter zu.

Vor diesem Hintergrund sammelte die Initiative Unterschriften für eine Petition, die an Bund und Land weitergereicht werden soll.

Egal wie die Antworten ausfallen: Die Initiative „Reinheim ohne LKW-Durchgangsverkehr“ hat bewiesen, dass sie sich nicht abwimmeln lässt...

Renate Grieger



„Hut ab!“ vor der Initiative „Reinheim ohne LKW-Durchgangsverkehr“ (RoLD). Über 900 Unterschriften für eine Petition an Landtag und Bundestag wurden gesammelt. Während des Reinheimer Weihnachtsmarkts und an einem Info-Stand (Freitag/Samstag) war man aktiv. Listen lagen auch in zahlreichen Reinheimer Geschäften aus.

### Unser Weg

Zeitung der DKP für Reinheim

Erscheinungsweise: monatlich

Verantwortlich: Walter Eckert,  
Albrechtstr. 7, 64354 Reinheim (Ueberau),  
Tel. 0 61 62 / 9173780

- Eigendruck -

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Wir freuen uns über Ihre Solidaritäts-Spende.

UNSER-WEG-Konto  
IBAN: DE76 5085 2651 0078 1038 19  
(DKP Reinheim)

# Jetzt doch Aus für den Schnellbus ?

Nach dem Artikel im Darmstädter Echo vom 29. Dezember 2016 hat die DADINA-Verbandsversammlung am Ende Ernst gemacht: „Dadina-Verbandsversammlung beschließt, dass die Linie K 85 an Kernstadt und Spachbrücken vorbeifährt“.

Der Einsatz der Kommunalpolitiker – Diskussionen mit der DADINA und eine gemeinsame Entschließung – hat hier erst einmal nichts bewirkt.

Wie kann es jetzt weiter gehen? Der Fahrgastbeirat, der wie Reinheim die Verschlechterung des Angebots abgelehnt hatte, verweist auf die Fortschreibung des Nahverkehrsplans 2017/2018. Interessant auch die Stellungnahme eines Vertreters in der Verbandsversammlung: „Das neue Konzept für das Bündel Reinheim wurde ja schon im Sommer 2016 diskutiert und dann verschoben weil die Reinheimer Politik meinte alle Zusatzleistungen der DADINA wären kostenlos.“

Richtig ist sicher, dass die Art und Weise, in der der Nahverkehr finanziert wird, veraltet ist und hinterfragt werden muss: „Für Verbesserungen, die über den Fahrplanstand Mitte der 1990er Jahre hinausgehen, verlangt der Landkreis eine 50-%ige Beteiligung der betroffenen Kommunen. Aus Sicht des VCD ungerecht, denn der damalige Fahrplan begünstigt die von der Heag bedienten Kommunen im Westkreis und benachteiligt den Ostkreis.“ sagte Uwe Schuchmann UW dazu (Interview in der letzten Ausgabe).

Aber genauso richtig ist, dass die Reinheimer Politik für die Verbandsversammlung auch kein besonders gutes Bild abgegeben hat. Die Hälfte dieser Versammlung wird vom Kreistag DA/DI entsendet, die meisten davon gehören zu SPD, Grünen, CDU, FWG oder FDP. Keiner davon hat sich von den Argumenten aus Reinheim überzeugen lassen – die Frage ist auch, ob das überhaupt mal jemand versucht hat.

Mit dem Verweis auf die Zuständigkeiten beim Kreis und die Ansage „bezahlt wird nicht“ ist die Stadt diesmal leider zu kurz gesprungen. Bleibt die Aufgabe, gemeinsam zu überlegen, mit welchen Argumenten wir die Verbandsversammlung zumindest zum Nachdenken zu bringen kann, wenn die Entscheidung in die nächste Runde geht.

*Friedrich Kammer*



## Initiative des RK zeigt Wirkung ?!

Aus einem Bericht im OV vom 23.12.: „Am 07. November 2016 hatte der Reinheimer Kreis den Antrag gestellt, der Magistrat solle sich bei der DADINA dafür einsetzen, dass die bisher mit dem K85 verbundenen Schnellbusverbindungen von und nach Darmstadt erhalten bleiben. Bis dahin war das nicht als Kernproblem erkannt worden...“ behauptet der Artikel.

Wer am Thema dran war, kann darüber nur den Kopfschütteln. Leider (bzw. zum Glück) sind nicht alle Reinheimer auch Parlamentarier. Deswegen an dieser Stelle noch mal ein kurzer Überblick dazu, was zu diesem Thema seit dem Sommer passiert ist.

Am 12. Juli 2016 beschloss die Stadtverordnetenversammlung einstimmig den folgenden gemeinsamen Antrag: „Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt die Empfehlung des Städte- und Gemeindebeirates der DADINA an die Verbandsversammlung am 14.07.2016, keine Entscheidung über die Neukonzeption im Bereich Roßdorf-Reinheim-Fischbachtal-Groß-Bieberau und Modautal zu treffen. Die DADINA soll vielmehr die kommunalen Gremien und Fahrgastbeirat umfassend über ihre Überlegungen unterrichten, damit diese sich inhaltlich mit Veränderungen befassen können.“

Bei dieser Sitzung stand die Busanbindung noch nicht auf der Tagesordnung der StVV – dazu kam es erst durch einen Initiativantrag der DKP-Fraktion „Öffentliche Stellungnahme zur aktuellen Planung der DADINA / Qualität der Busverbindungen zwischen Reinheim und Darmstadt“, der in die gleiche

Richtung ging. Über die Stellungnahme des Städte- und Gemeindebeirates berichtete der Bürgermeister erst an diesem Abend.

Die DKP brachte ihren Initiativantrag ein, nachdem sie von Werner Krone (Darmstadt) über eine entsprechende Stellungnahme des Verkehrsclubs Deutschland (VCD) informiert wurde. Auf Vorschlag der DKP informierte der VCD auch die anderen Fraktionen, so dass am 12.7. alle den gleichen Informationsstand hatten. In ihrer Sitzung am 14.7. stellte die DADINA-Verbandsversammlung den Beschluss über die geplanten Fahrplanänderungen dann erst einmal zurück.

Am 14. November informierte der DADINA-Geschäftsführer in Reinheim über die Planung der DADINA, Gründe und mögliche Alternativen. Schon an diesem Abend kündigte der Bürgermeister einen interfraktionellen Antrag (Vorlage der Verwaltung) an, nach dem die Stadt Einschränkungen des Angebots ohne gleichwertigen Ersatz ablehnt.

Am 21.11. lag der Antrag des Reinheimer Kreises dann im Bauausschuss vor. Noch nicht einmal der RK-Vertreter konnte darstellen, welchen Sinn dieser Antrag zusätzlich zu einem gemeinsamen Antrag aller Fraktionen haben sollte, der auch ein gutes Stück konkreter war.

Es ist wichtig, dass bei einem solchen Thema alle Fraktionen an einem Strang ziehen. Die „Initiative des RK“ dabei eher im Schlepptau hinterher gefahren.

*Friedrich Kammer*



# „Bezahlbarer Wohnraum und Seniorenarbeit“

Zu der stattgefundenen Haushaltsberatung und zu einigen aktuellen Fragen der Kommunalpolitik führte UNSER WEG ein Gespräch mit Arno Grieger, Fraktionsvorsitzender der DKP.

**UNSER WEG:** In der Dezember-Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung ging es um den Haushalt. Wie hat sich die DKP-Fraktion verhalten?

**Arno Grieger:** In der Schluss-Abstimmung haben wir den Haushalt abgelehnt. Dem Stellenplan haben wir zugestimmt.

**UNSER WEG:** Was waren die Haupt-Gründe der Ablehnung?

**Arno Grieger:** Bekanntlich wurde die Grundsteuer nach den Wahlen drastisch erhöht. Nach den Wahlen hieß es: Zahlen. Das schlägt sich jetzt im Haushalt nieder. Und mit unseren beiden gestellten Anträgen konnten wir uns nicht durchsetzen. Somit blieb uns logischerweise nur die Ablehnung.

**UNSER WEG:** Mit welchen Anträgen konnten ihr euch nicht durchsetzen?

**Arno Grieger:** Da wäre zunächst mal der Antrag zu den Senioren.

**UNSER WEG:** Warum ist das wichtig?

Arno Grieger: Landauf landab wird von der alternden Gesellschaft geredet. Darüber darf man nicht nur reden. Da müssen auch Schlussfolgerungen gezogen werden.

**UNSER WEG:** Was wolltet ihr erreichen?

**Arno Grieger:** Wir wollten erreichen, dass zunächst einmal eine Bestandsaufnahme gemacht wird. Und darauf aufbauend sollten Perspektiven aufgezeigt werden. Das alles sollte unter wissenschaftlicher Begleitung durch die Evangelische Hochschule Darmstadt erfolgen.

**UNSER WEG:** Hatten wir das nicht schon mal?

**Arno Grieger:** Ja, diesen Beschluss gab es schon einmal. Eine erste Zusammenkunft mit einer Professorin wurde durchgeführt. Die Ergebnisse waren recht ermunternd. Es scheiterte aber an der Fortführung. Die Vertragsbedingungen bei der Hochschule haben sich geändert. Die Stadt hätte neu verhandeln müssen. Darum ist es uns gegangen. Mit der Ablehnung wurde eine Chance vertan. Schade.

**UNSER WEG:** Und der andere Antrag?

**Arno Grieger:** Da ging es um die Beendigung



Arno Grieger

der unhaltbaren Zustände in den Notwohnungen im Teichweg einerseits und die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum gemeinsam mit der neuen Wohnungs-Gesellschaft des Landkreises.

**UNSER WEG:** Die Notwohnungen im Teichweg sind ja bekanntlich geräumt. Und hat man nicht einen SPD-Antrag zur Schaffung von Wohnraum beschlossen?

**Arno Grieger:** Es stimmt, dass die Menschen aus den Notunterkünften im Teichweg anderweitig untergebracht sind. Das ist zu begrüßen. Wir wollten, dass die Unterkünfte abgerissen werden. Und dieses vorhandene Grundstück könnte eingebracht werden in die neue kreiseigene Wohnungsgesellschaft als Anteil der Stadt Reinheim. So könnte dort bezahlbarer Wohnraum in öffentlicher Hand geschaffen werden. Man darf gespannt sein, wie die SPD die Sache konkret angehen will. Wenn es bessere Vorschläge als die unseren gibt, werden wir uns selbstverständlich nicht verschließen.

**UNSER WEG:** Seid ihr also einen „Kuschelkurs“ mit der SPD gefahren?

**Arno Grieger:** Unsinn. Wenn es keinen Krawall und keinen Klamauk gibt, dann sind manche Zeitgenossen schnell dabei, einen „Kuschelkurs“ herbeizureden. Ich darf, wie man so schön sagt, „Freund und Feind“ versichern: Die DKP bleibt auf bewährtem Kurs.

**UNSER WEG:** Moment – ihr habt die Anhebung der Grundsteuer bekämpft. Aber bei der Haushaltsberatung gab es Senkungs-Anträge. Warum wart ihr nicht für die Senkung,

**Arno Grieger:** Wenn einem Antrag zugestimmt werden soll, dann müssen zunächst mal die Zahlen stimmen. Und beim CDU-

Antrag waren die Zahlen eindeutig falsch.

**UNSER WEG:** Bitte konkret.

**Arno Grieger:** Noch einen Tag vor der abschließenden Sitzung ging die CDU im Ausschuss von einem Haushalts-Überschuss in Höhe von 277.000 Euro aus. Darauf begründete man dann den Antrag, die Grundsteuer wieder zu senken. Das waren allerdings völlig veraltete Zahlen. Bei Zustimmung zum CDU-Antrag wäre ein großes Haushalts-Loch entstanden.

Am Sitzungs-Abend wurde dann ein CDU-FDP-FWG-REINHEIMER KREIS-Antrag eingebracht. Da sollte der Ausgleich durch Pauschal-Kürzungen bei Sach- und Dienstleistungen erfolgen. Diese untaugliche Rasenmäher-Methode war eben mit uns nicht zu machen.

**UNSER WEG:** Das konnte man so in den Einzelheiten aber nicht der Tagespresse entnehmen.

**Arno Grieger:** Völlig richtig. Stadtverordnete und ZuhörerInnen sind oft der Meinung, sie seien auf einer anderen Sitzung gewesen, wenn sie den Bericht lesen. Am besten ist es, sich selbst ein Bild zu machen in den öffentlichen Sitzungen. Oder dann aber: UNSER WEG lesen.

**UNSER WEG:** Erhöhungen von Steuern und Gebühren sind in vielen Städten und Gemeinden auf der Tagesordnung. Bei manchen Zahlen kann es einem schwindelig werden.

**Arno Grieger:** Genau das ist richtig. Die Kommunen sind unterfinanziert. Städte, Gemeinden und Landkreise bekommen zu wenig Geld aus dem Gesamt-Steueraufkommen. Die Haupt-Verantwortung für diese Misere liegt bei der CDU. Sie regiert im Bund (mit der SPD) und im Land Hessen (mit den GRÜNEN). Doch statt gemeinsam in den Kommunalparlamenten die Stimme zu erheben, werden unausgegrenzte sachlich falsche Anträge gestellt. Das sind wahrlich Schaufenster-Anträge.

**UNSER WEG:** Wie geht es jetzt weiter?

**Arno Grieger:** Wir wollen sehen, wie es zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum kommt. Es wird oft gesagt, Reinheim stünde statistisch gesehen im Kreis gut da. Die schönsten Statistiken nützen dem Wohnungssuchen aber nichts. Wir sehen Handlungsbedarf.

**UNSER WEG:** Danke für das Gespräch.

# Soziale Stadt Reinheim: Beerdigung erster Klasse

Der Arbeitskreis „Soziale Stadt“ wurde 2014 durch einstimmigen Beschluss der Stadtverordnetenversammlung ins Leben gerufen. Am 29. November 2016 wurde er von dieser Versammlung beendet, diesmal immerhin mit Gegenstimmen.

Beschlossen wurde ein Antrag von SPD/Grünen mit dem Wortlaut „Die Stadtverordnetenversammlung stellt fest, dass eine Weiterverfolgung des Arbeitsauftrags gemäß des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung vom 25.11.2014 gebildeten Arbeitskreis nicht mehr erforderlich ist.“

In dem Antrag der DKP, der dem erwähnten Beschluss vom 25.11.2014 zu Grunde lag, hieß es noch „Die Handlungsfelder und anzustrebenden Maßnahmen werden

in einem neu gebildeten Arbeitskreis festgelegt, der seine Ergebnisse der Stadtverordnetenversammlung zur Verfügung stellt.“

Der Arbeitskreis hatte genau das im Mai 2016 getan: dem Stadtverordnetenvorsteher einen Zwischenbericht zur Verfügung gestellt und erwartet, dass er vom Parlament zur Kenntnis genommen, vielleicht auch mit Pro und Contra diskutiert wird. Dazu kam es leider nicht mehr. Der Bürgermeister schickte den Zwischenbericht an das zuständige Ministerium in Wiesbaden, gab seine eigenen Kommentare dazu und bekam eine dazu passende eine negative Rückmeldung.

Auch jetzt kann man in den Koalitions-

vereinbarungen von SPD / Grünen aus dem Frühjahr 2016 noch nachlesen: „Wir unterstützen und fördern Projektgruppen zu folgenden Themen: ... Arbeitskreis Soziale Stadt“.

In der Antragsbegründung von SPD / Grünen heißt es am Ende „Wir bedanken uns an dieser Stelle ausdrücklich bei dem Arbeitskreis und allen Beteiligten für die gute geleistete Arbeit.“ Das ist sicher freundlich gemeint, aber jeder der dort mitgearbeitet hat, hat sich sicher mehr erhofft: dass seine / ihre Arbeit nicht (wieder) nur in der Schublade landet.

## 3.100 Euro Rente – Im Monat? – Nein: Am Tag

Sie lesen richtig: 3.100 Euro Ruhegehalt (Rente) am Tag – das bekommt Martin Winterkorn. Es geht um den früheren Vorstandsvorsitzenden von VW, Martin Winterkorn. Er ist über die Abgas-Affäre gestürzt und hat seinen Vertrag offiziell zum Jahresende beendet.

„Das sogenannte Ruhegehalt für Winterkorn – festgesetzt als Anteil von 70 Prozent an der letzten Grundvergütung – beläuft sich auf rund 1,2 Millionen Euro oder umgerechnet knapp 3.100 pro Tag. Andere Vorstände haben ähnlich umfangreiche Rentenansprüche.“ (Hamburger Abendblatt, 05. 01. 2017)

Allein dies belegt: Die Gegensätze verlaufen nicht zwischen Menschen unterschiedlicher Nationalität. Die Gegensätze verlaufen zwischen „oben“ und „unten“.

Deshalb ist es umso dringlicher, gemeinsam mit den Gewerkschaften für eine ordentliche und auskömmliche Rente und gegen drohende Altersarmut zu kämpfen. Der Mindestlohn muss deshalb spürbar angehoben werden.

Und auch der Wahlzettel der Bundestagswahl muss zum Dankzettel gemacht werden: DKP wählen!

Über  
[www.dkp-reinheim.de](http://www.dkp-reinheim.de)  
erreichen Sie uns auf



## Poststelle in Ueberau bleibt erhalten

Nach Mitteilung des Ortsvorstehers Walter Eckert (DKP) bleibt die Poststelle in Ueberau erhalten.

„Das ist eine gute Nachricht für die Menschen in Ueberau“, so Eckert wörtlich.

Positiv sei auch, dass die Poststelle am seitherigen Standort (Breubergstraße 1 a) verbleibe.

Nach Mitteilung der Post bleibe somit die postalische Versorgung in Ueberau in vollem Umfang gewährleistet.

Start der Neuregelung sei der 02. Januar 2017. Somit nehme das Jahr einen guten Anfang.

# Von wegen „verhalten geäußert“

„Die DKP hat sich Verhalten gegen den Ausbau der Windkraft geäußert.“

(Geschäftsbericht des Vereins GEGENWIND, 07. 12. 2016)

Diese Darstellung ist ein wenig missverständlich. Vor der Kommunalwahl hat die Initiative GEGENWIND eine Stellungnahme zu vier Fragen erbeten.

Hier die Fragen vom 31. Januar 2016 im Wortlaut:

„Werden Sie unseren Lebensraum in Reinheim und Umgebung vor massiven Eingriffen durch Windindustrie-Anlagen schützen?“

Wie stellen Sie sicher, dass die Bürger in die Entscheidungsprozesse eingebunden werden?“

Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um zu erwartende Immobilienwertverluste durch die Errichtung von Windindustrie-Anlagen zu verhindern? Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um Einschränkungen der Lebensqualität und gesundheitliche Risiken durch die Errichtung von Windindustrie-Anlagen zu verhindern?“

Laut Vorgabe von GEGENWIND sollte die Stellungnahme max. 100 Worte umfassen.

Die DKP-Antwort vom 06. Februar 2016 mit 102 Worten hier im Wortlaut:

„Der Schutz des Lebensraums hat Vorrang. Gleichzeitig hält die DKP an Zielen einer nötigen Energiewende fest. Wie nötig, zeigt die Aktualität um die maroden belgischen Atomkraftwerke. Von Reinheim die mickrige Strahlendistanz von 266 km entfernt.

Was die Bürger betrifft, steht die DKP jeder Diskussion offen gegenüber. Das zeigt das Engagement von Ortsvorsteher Eckert (DKP) bei der Ortsbeirats-Info-Veranstaltung.

Mit ihrem von der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Antrag vom 19. September hat die DKP zudem bewiesen, wie wichtig ihr die Interessen der Bürger sind. Im Einklang mit ihnen muss eine Lösung gefunden werden. Dann wird es auch keine Wertverluste, Einschränkungen der Lebensqualität

oder gesundheitliche Risiken geben.“ Das ist eine eindeutige Stellungnahme – und nicht „verhalten geäußert“.

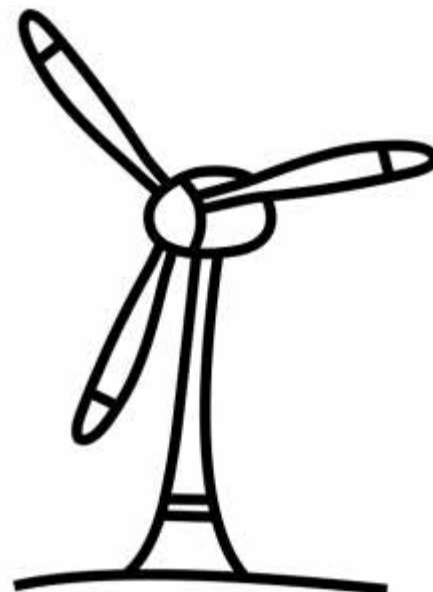
Eindeutig ist auch der von der DKP-Fraktion im Parlament eingebrachte und mehrheitlich beschlossene Antrag.

Hier nochmals zur Erinnerung der Antrags-Wortlaut (Windkraftanlagen und Abstand zur Wohnbebauung) mitsamt Begründung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen und an die Hessische Landesregierung sowie die Landtags-Fraktionen weiterleiten:

1. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Reinheim spricht sich aus für sinnvolle, innovative und regenerative Energiegewinnung. Besonders betonen wir dabei auch die Notwendigkeit der Erhaltung des Natur- und Erholungsraumes sowie die Ästhetik der Landschaft.
2. In diesem Zusammenhang fordern wir hinsichtlich der Abstandsregelung, dass die bisherige Schlechter-Stellung der Weiler (600 m Abstand) im Vergleich zu den Wohngebieten (1000 m Abstand) zugunsten der Weiler vereinheitlicht wird.
3. Darüber hinaus fordern wir auch für Hessen den andernorts geltenden H-10-Abstand.

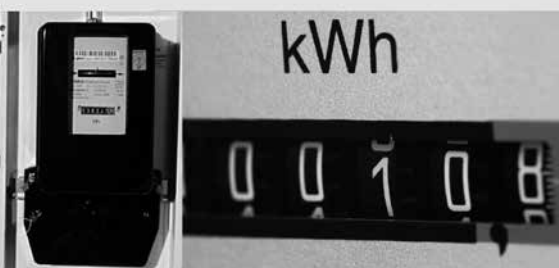
Begründung: Am Beispiel des Vorrang-Gebiets 218 zeigt sich konkret, dass die in einem Weiler (hier: Hundertmorgen) lebenden Menschen benachteiligt werden. Sie



dürfen jedoch nicht als „Bürger zweiter Klasse“ behandelt werden.

Im Bemühen um einen Interessenausgleich zwischen am Bau von Windkraftanlagen Interessierten und den davon Betroffenen wird die Abstands-Regelung H-10 (10-fache Höhe des Windrads) als erforderlich erachtet.

Damit die **Mehrzahl** nicht immer **mehr zahlt**



Damit Ihre Stimme zählt **DKP** Deutsche Kommunistische Partei  
[www.dkp-reinheim.de](http://www.dkp-reinheim.de)



# Soviel kostet parken in Reinheim:



Anwohnerparken im Jahr 25,00 Euro



Bezahlparkplätze der Stadt Reinheim:  
pro Jahr 360,00, mtl. 30,00 Euro



Park und Ride Platz in der  
Georgenstraße: Ganzjahres-  
karte 100,00 Euro

Tageskarte 0,50 Euro

## Für die DKP im Magistrat, Stadtverordneten- versammlung und Ortsbeiräten:

**Renate Grieger**, Odenwaldring 11, 64354 Reinheim  
Telefon 06162/85351 Mail: [renate.grieger@dkp-reinheim.de](mailto:renate.grieger@dkp-reinheim.de)

**Marikka Tesar**, Kirchstraße 34, 64354 Reinheim  
Mail: [marikka.tesar@dkp-reinheim.de](mailto:marikka.tesar@dkp-reinheim.de)

**Walter Eckert**, Albrechtstraße 7, 64354 Reinheim  
Telefon 06162/9173780 Mail: [walter.eckert@dkp-reinheim.de](mailto:walter.eckert@dkp-reinheim.de)

**Timo Wörtge**, Obere Straße 24, 64354 Reinheim  
Mail: [timo.woertge@dkp-reinheim.de](mailto:timo.woertge@dkp-reinheim.de)

**Friedrich Kammer**, Am Wembach 54, 64354 Reinheim  
Telefon 06162/31113 Mail: [friedrich.kammer@dkp-reinheim.de](mailto:friedrich.kammer@dkp-reinheim.de)

**Arno Grieger**, Odenwaldring 11, 64354 Reinheim  
Telefon 06162/85351 Mail: [arno.grieger@dkp-reinheim.de](mailto:arno.grieger@dkp-reinheim.de)

# Eine „Reise um die Welt“ mit Fredrik Vahle am 18. März 2017

Am Samstag, dem 18. März 2017 wird Fredrik Vahle auf Einladung der DKP im „Zum Kühlen Grund“ in Reinheim wieder einen ganz besonderen Abend gestalten. Bevor am Sonntag das große Kinderkonzert stattfindet, nimmt er sein Publikum abends mit auf eine Reise um die Welt.

Um 20.00 Uhr wird er zusammen mit Dietlind Grabe-Boltz, mit Heinz Müller am E-Bass sowie Manfred Vetter, Percussion seine junggebliebenen Erwachsenenfans begeistern.

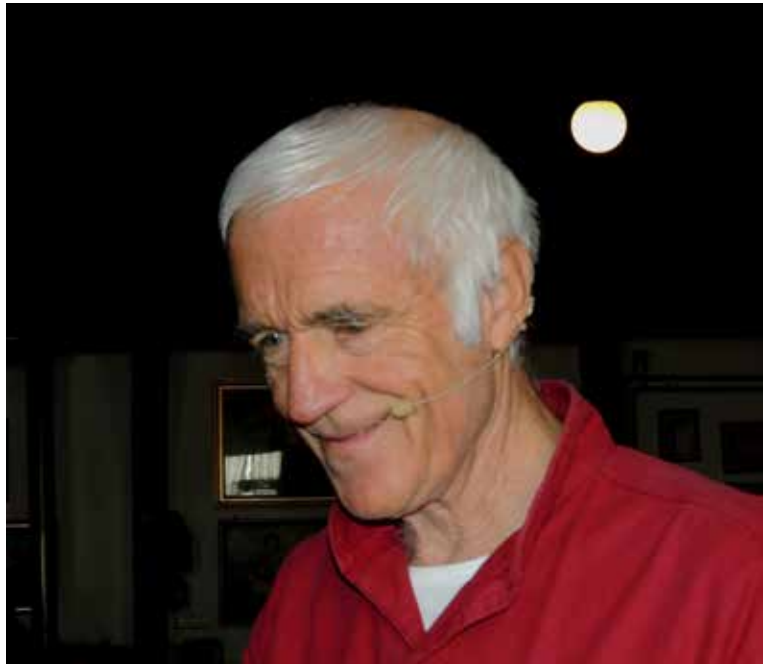
Eine „Weltreise“ in Liedern hat er in diesem Jahr in seinem musikalischen Gepäck. Seine Fans wissen, dass er Lieder von vielen Erdteilen der Welt in der Sprache der jeweiligen Völker vorstellen kann. Ob türkisch, spanisch, italienisch, englisch oder russisch, er überrascht immer wieder mit Neuem.

Seit nunmehr über dreißig Jahren kommt Fredrik Vahle in den „Kühlen Grund“ nach Reinheim und gerade bei seinem Programm für „Junggebliebene“ wird an den Inhalten seiner Lieder deutlich, wie sich vieles in der Welt verändert. Friedenslieder, Lieder von Verständigung der verschiedenen Kulturen gehören schon immer zu seinem Programm.

Fredrik Vahle wagt mit seinen Liedern eine Reise um die Welt und alle sind eingeladen, auf diese Reise mitzugehen bzw. mitzusingen.

Wer am 18. März 2017 bei Fredrik Vahle für „Junggebliebene“ dabei sein möchte, sollte sich rechtzeitig eine Karte im Vorverkauf besorgen.

Die Karte ist für 7,00 Euro „Zum Kühlen Grund“ in Reinheim, Heinrichstraße 17, Tel. 06162/83317 oder bei Renate Grieger, Odenwaldring 11, Tel. 06162/85351 erhältlich.



# Großes Sitzkissenkonzert mit Fredrik Vahle am 19. März 2017

Am Sonntag, dem 19. März 2017 kommt Fredrik Vahle mit Gruppe zum großen Kinder-Sitzkissenkonzert nach Reinheim.

Dazu lädt die DKP wieder alle großen und kleinen Fans in den Saal des Gasthauses „Zum Kühlen Grund“ in Reinheim, Heinrichstraße ein. Das Konzert beginnt um 11.00 Uhr.

Fredrik Vahle kommt 2017 zum 31. Mal nach Reinheim zum Konzert. Kinder, die Vahle vor dreißig Jahren in Reinheim erlebten, können jetzt mit ihren Kindern das Konzert besuchen. Und nach wie vor gilt: Wenn der Künstler den Katzentanzentanz anstimmt, tanzen alle mit. Sein Lied von der „Anne Kaffeekanne“ ist so bekannt, dass Groß und Klein mitsingt.

Fredrik Vahle versteht es wie kein anderer, seine Fans zum Mitmachen zu bewegen. Deshalb soll ein Sitzkissen mitgebracht werden, damit alle tanzen, klatschen und sich bewegen können.

Aber auch seine neuesten Lieder bringt er mit. Mit „Lilo Lausch läuft leise“, die im letzten Jahr neu war, hat er Tanzlieder neu im Gepäck. Kleiner König Kasimir heißt die neueste CD. Mit einer Syrtaki tanzenden Kuh und Graf Dracula als Rock n Roller kann der Saal im „Kühlen Grund“ „gerockt“ werden.

Die Karten gibt es im Vorverkauf für 5.00 Euro bei Renate Grieger, Odenwaldring 11, 64354 in Reinheim, Telefon 06162/85351. Vorbestellungen auch per Mail: [renate.grieger@t-online.de](mailto:renate.grieger@t-online.de) oder „Zum Kühlen Grund“, Heinrichstraße Tel. 06162/83317.